

**Rede Ingrid Fischbach, MdB
im Deutschen Bundestag am 29. Mai 2008
TOP 7 Kinderförderungsgesetz(KiföG)
Auszug aus dem Plenarprotokoll 16/163**

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Ingrid Fischbach von der CDU/CSU-Fraktion. (Beifall bei der CDU/CSU)

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich bin erstaunt darüber, dass ein Gesetz, das auch von der Opposition gefeiert wird, gerade von denjenigen kritisiert wird, die es – so meine Vorrednerin, Frau Deligöz – maßgeblich mit auf den Weg gebracht haben. Das ist Kritik am eigenen Programm. Ich glaube zu wissen, weshalb Sie es kritisiert haben. (Dr. Thea Dückert [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kritisiert worden ist das Betreuungsgeld! Sie sollten zuhören, bevor Sie sich aufregen!) – Sie waren vorhin nicht da und haben nicht gehört, was sie kritisiert hat. Ich habe zugehört. Jetzt hören Sie einmal zu, dann erfahren Sie, was Ihre Kollegin kritisiert hat, verehrte Frau Kollegin! Sie hat kritisiert, dass wir das zeitlich viel zu lange hinausschieben und uns erst 2013 kümmern wollen. Die rot-grüne Vorgängerbundesregierung – Frau Deligöz, das waren Sie – hat 2005 beschlossen, 2010 ein Angebot von 17 Prozent auf den Weg zu bringen. (Elisabeth Scharfenberg [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Leider gegen den massiven Widerstand der CDU/CSU!) Wir wollen dieses Angebot jetzt auf 35 Prozent mehr als verdoppeln. Es liegt acht Monate nach dem Krippengipfel – ich kann verstehen, dass Sie das am meisten ärgert – ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, der echte Perspektiven für die Familien und unsere Kinder aufzeigt. Das ist gut und richtig, und dafür sage ich einen Dank an das Ministerium. (Beifall bei der CDU/CSU) Frau Kollegin Marks hat recht darin, dass einiges auf den Weg gebracht worden ist. Aber es reicht nicht, den Ball aufzunehmen; das wird auch bei der Europameisterschaft nicht reichen. Der Ball muss versenkt werden, damit wir gewinnen. Genau das hat die jetzige Familienministerin gemacht, sicherlich auch deshalb – das ist vielleicht ein kleiner Trost für Sie –, weil sie eine Bundeskanzlerin Jahren unheimlich wichtig sind, damit diese Kinder Bindung erfahren. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass 30 Prozent der Plätze über Tagespflege abgedeckt werden sollen. Aber es ist auch klar – das habe ich an dieser Stelle vor Jahren schon gesagt –, dass Tagesmütter nicht zum Nulltarif zu haben sind. Das bedeutet, dass wir anfangen müssen, die Qualitätsanforderungen an die Tagespflege zu erhöhen, das heißt, die Ausbildung der Tagesmütter zu forcieren, aber auch dafür zu sorgen, dass sie angemessen entlohnt werden. Denn bei dem Bruttostundenlohn, den Tagesmütter derzeit verdienen, können sie die gegenwärtige Abgabenlast nicht tragen. Deshalb ist es ebenso richtig und wichtig, die Qualität der Tagespflege nach vorne zu bringen, die Tagesmütter zu begleiten und ihnen – das ist neu – die Möglichkeit zu geben, im Rahmen des Betriebskostenzuschusses zu profitieren. Das gab es bisher nicht; Tagesmütter waren bisher außen vor. Wenn sie aber als Betreuungsalternative wichtig und richtig sind, dann müssen sie auch die Möglichkeit haben, von der Förderung im Hinblick auf die Betriebskosten zu profitieren. (Johannes Singhammer [CDU/CSU]: Genau!) Das ist etwas, das wir auf den Weg gebracht haben, und auch das ist richtig. (Beifall bei der CDU/CSU – Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Endlich Klarheit geschaffen!) Ich komme auf die privaten Anbieter zu sprechen. Herr Wunderlich, erst habe ich gedacht, dass Sie im falschen Parlament sitzen. Vielleicht sollten Sie einmal nach Australien reisen und den Australiern sagen, was sie alles falsch machen. Hier haben wir eine andere Politik und eine ganz andere Ausgangslage. (Ina Lenke [FDP]: Genau! – Johannes Singhammer [CDU/CSU]: So ist es!)

Das dürfen Sie nicht vergessen. Wir haben schon Qualitätsstandards.

Wenn wir den Markt für die Privatgewerblichen öffnen, machen wir nichts Neues, sondern das, was in vielen Ländern schon auf der Tagesordnung steht. In Brandenburg, in Bayern, in Mecklenburg-Vorpommern werden Privatgewerbliche bereits unterstützt. Sie haben gesagt, dass wir den Ländern den Schwarzen Peter zuschieben. Dass diejenigen, die die Betriebserlaubnis erteilen, auch darauf achten sollen, dass die fachlichen und rechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, ist aber richtig. Das können wir von hier aus doch gar nicht. Das müssen die vor Ort machen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Fischbach, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wunderlich?

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Gern.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Wunderlich, bitte.

Jörn Wunderlich (DIE LINKE):

Frau Kollegin Fischbach, Sie kennen die Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage zur Privatisierung in der Kinder- und Jugendhilfe nicht. Wir haben gefragt: Inwiefern wird die zukünftige Jugendhilfelandchaft von gewerblichen, also Kommerzinteressen geprägt sein? Darauf antwortet die Bundesregierung: Da können wir keine Aussagen treffen; das wissen wir nicht. (Katharina Landgraf [CDU/CSU]: Weil das die Länder wissen!) Es gibt aber zig Studien dazu, welche Auswirkungen die Privatisierung auf die Jugendhilfe und die Kinderbetreuung hat – ich habe sie nur ansatzweise genannt –; es sind zum überwiegenden Teil negative. Verschließt die Bundesregierung die Augen davor? Wollen Sie es auch nicht wahrhaben?

(Ina Lenke [FDP]: Das gibt es schon, Herr Wunderlich!) Ich brauche nicht nach Australien zu gehen. Ich kann mir das in den Niederlanden, in England oder sonst wo anschauen. Warum verschließen Sie Ihre Augen vor diesen Folgen der Privatisierung und Kommerzialisierung der Kinderbetreuung und sagen, das ist alles schon so? Wenn sich nichts ändert, frage ich mich natürlich und auch Sie: Warum heißt es in der Antwort dann, wir können keine Aussagen treffen, und nicht, es ändert sich nichts?

Ingrid Fischbach (CDU/CSU):

Sie sagen, alle privaten Anbieter seien auf Kommerz und Gewinn aus. Dazu möchte ich festhalten: Solche

kenne ich gar nicht. Ich weiß nicht, wo die sind; vielleicht in Berlin. Was Sie gesagt haben, Herr Wunderlich, hat mich wirklich geärgert. Das ist eine Ohrfeige für die, die sich privat auf den Weg gemacht haben, um eine vernünftige Betreuungssituation für die Kinder zu schaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ina Lenke [FDP]) Es gibt bereits viele solche privaten Organisationen. Ich

würde mir wünschen, dass auf der Tribüne die eine oder andere Tagesmutter wäre, (Ina Lenke [FDP]: Selbstständige Tagesmutter!) die ihre eigene Betreuungsorganisation geschaffen hat; dann hätte sie das mitbekommen. Das ist eine Ohrfeige für die, die aufgrund der Mangelsituation – das will ich gar nicht unter den Tisch kehren – zum Wohl der Kinder aktiv geworden sind. Das ist sehr unfair und den Frauen

gegenüber nicht richtig. Wenn Privatgewerbliche Angebote vorhalten, die wir auf anderem Wege nicht schaffen können, dann müssen sie auch die Möglichkeit haben, an bestimmten

Förderprogrammen teilzunehmen. Es liegt an uns – da sind wir als Parlament gefragt –, Regelungen zu finden mit dem Ziel, dass unter staatlicher Förderung keine reine Gewinnmaximierung betrieben werden kann. (Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: So sieht es aber gegenwärtig aus!) Wir müssen rechtliche und fachliche Grenzen einziehen.

Wir müssen die Qualitätsstandards festschreiben. Sie können in den Beratungen, die jetzt anstehen, dabei mithelfen. (Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Deshalb warten wir auf die Anhörung!) Sie sollten das zurücknehmen, was Sie vorhin gesagt haben, weil es denjenigen, die bereits jetzt auf dem Weg sind, wirklich nicht gerecht wird, auch ihrem Ansehen nicht gerecht wird. Denen haben Sie heute eine Ohrfeige gegeben. (Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ina Lenke [FDP]) Es gibt – Herr Wunderlich, vielleicht haben Sie das nicht so im Gedächtnis – eine EU-Dienstleistungsrichtlinie. Was wir jetzt auf den Weg bringen, müssen wir an das EU-Recht anpassen; sonst kommt Europa und kippt das wieder. (Marlene Rupprecht [Tuchenbach] [SPD]: Genau!) Diese Dienstleistungsrichtlinie besagt nichts anderes, als dass eine Unterscheidung zwischen privatgewerblichen und freigemeinnützigen Trägern nicht vorgenommen werden darf, das heißt, hier herrscht Dienstleistungsfreiheit. Auch die Angebote müssen wir machen. (Marlene Rupprecht [Tuchenbach] [SPD]: Nein!) – Sie können gleich etwas anderes sagen, Frau Rupprecht. (Marlene Rupprecht [Tuchenbach] [SPD]: Das wird auch so passieren!) – Das werden Sie auch tun. (Marlene Rupprecht [Tuchenbach] [SPD]: So ist das mit der Freiheit!)

Ich werde dann nachfragen, auf welchen Paragraphen Sie sich beziehen. Wir müssen die Gesetze EU-Recht-konform auf den Weg bringen. Das ist ganz wichtig. Wir haben noch die Anhörung, um bestimmte Fragen zu klären. Aber von vornherein zu sagen, wir machen es nicht, wir wollen es nicht, halte ich für den falschen Weg. (Marlene Rupprecht [Tuchenbach] [SPD]: Das ist Ideologie!) – Das ist Ideologie. Wunderbar; da sind wir wieder einer Meinung. Meine Damen und Herren, ich habe gerade schon deutlich gemacht, dass wir uns jetzt in der Phase der Beratungen befinden. Wir als CDU/CSU-Fraktion sind mit dem, was auf dem Tisch liegt, sehr zufrieden. Wir werden natürlich an der einen oder anderen Stelle noch Ergänzungs- oder Änderungswünsche äußern. Das ist in parlamentarischen Beratungen so. Das ist auch richtig so. Aber das, was auf den Tisch gelegt wurde, stellt wirklich einen Meilenstein für unsere Familien dar. Ganz besonders stellt der Entwurf aber hinsichtlich seiner Qualität, auf die wir großen Wert gelegt haben, einen Meilenstein für unsere Kinder dar. In dem Sinne wollen wir zum Wohle unserer Kinder arbeiten. Daran dürfen Sie sich beteiligen. Danke schön. (Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)